



Foto: dpa

MERZ MITGLIED IM KOMPETENZTEAM

Durch mehr **Wachstum** Absenkung der Staatsquote

Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber hat den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, als Mitglied in sein Kompetenzteam berufen.

Der ausgewiesene Finanzexperte soll die Politikfelder Haushalt und Steuern vertreten. Die Union könne

stolz darauf sein, dass sie mit Merz eine Führungspersönlichkeit für das Kompetenzteam gewonnen habe, „bei der finanzpolitische Brillanz und Denken in großen politischen Zusammenhängen eine Einheit bilden“, sagte Stoiber bei der Vorstellung am 21. Juni in Berlin.

Fortsetzung Seite 2

INHALT

HARTMUT NASSAUER:
Wir müssen die Ost-
erweiterung offensiv zu
unserem Thema machen.
Bericht auf dem
15. Parteitag der CDU
SEITE 10 – 17

DOKUMENTATION:
Leistung und Sicherheit.
Regierungsprogramm
2002–2006.
Kurzfassung

■ Generalsekretär Laurenz Meyer: Wir werden mit einem neuen Gesetz Zuwanderung wirksam steuern und begrenzen (Seite 4) ■ Zuwanderung: Amtliche Zahlen widerlegen Innenminister Schily (Seite 5) ■ José María Aznar Lopez: In Europa weht ein neuer Wind, der Wind der reformfreudigen Mitte. Aus der Rede des spanischen Ministerpräsidenten auf dem 15. Parteitag der CDU (Seite 8) ■ Generalsekretär Laurenz Meyer zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission (Seite 18) ■ Wir wollen etwas Neues beginnen. Aus den Beiträgen zu „Konzepte und Kompetenzen“ der Mitglieder in Stoibers Kompetenztteam: Lothar Späth, Annette Schavan und Wolfgang Schäuble auf dem 15. Parteitag der CDU (Seite 20–29)

<http://www.cdu.de/pt-frankfurt/reden/reden.htm> Die vollständigen Reden zu „Konzepte und Kompetenzen“ unter:

IMPRESSUM



Drei Sofortmaßnahmen nach der Bundestagswahl

Fortsetzung von Seite 1

Der von Schröder und Eichel präsentierte Haushaltsentwurf für 2003 – so Stoiber weiter – habe mit der Wirklichkeit nichts zu tun: Traurige Realität sei es, dass im laufenden Jahr „die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden dramatisch einbrechen“. Zudem habe der Bund Länder und Kommunen „ausgeplündert“, so dass viele Städte die Leistungen für die Bürger kürzen müssten.

Angesichts dieser Entwicklung kündigte der Kanzlerkandidat drei Sofortmaßnahmen für die Zeit nach der Bundestagswahl an:

- einen Kassensturz,
- das Aussetzen der nächsten Stufe der Ökosteuer
- und eine große Steuerreform für den 1. Januar 2004.

Der bayerische Ministerpräsident kündigte an, dass eine unionsgeführte Bundesregierung den Eingangssteu-

ersatz unter 15 Prozent und den Spitzensteuersatz unter 40 Prozent drücken werde. Auf diese Weise will die Union die Steuerzahler spürbar entlasten. Auch die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften gehöre auf den Prüfstand, unterstrich Stoiber. Hinzu komme eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden mit dem Ziel einer höheren Steuerautonomie für die Bundesländer.

■
Angela Merkel: Wir werden Deutschland wieder nach vorne bringen

Bundesfinanzminister Hans Eichel habe das Amtsverständnis eines Buchhalters, stellte die Parteivorsitzende Angela Merkel fest. Diese Haltung reiche jedoch

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

FRIEDRICH MERZ:

Offenbarungseid rot-grüner Finanzpolitik

Die Haushaltsplanungen der Bundesregierung für das kommende Jahr werfen mehr Fragen auf, als sie Antworten geben. Vor allem: Das Ziel, bis zum Jahre 2004 den Haushalt nahezu auszugleichen, liegt in weiter Ferne.

Die Bundesregierung wird die Defizit-Ziele ihres Nationalen Stabilitätsprogramms in diesem und im nächsten Jahr – und damit im dritten Jahr – deutlich verfehlen. Die EU-Kommission erwartet in ihrer Frühjahrsschätzung für die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr ein Gesamtstaatsdefizit von 2,8 % statt der von der Bundesregierung im Stabilitätsprogramm versprochenen 2,0 % und im nächsten Jahr von 2,1 % statt 1,0 %.

In der Rentenpolitik leistet die Bundesregierung ihren Offenbarungseid. Trotz bereits eingepplanter zusätzlicher Einnahmen aus der nächsten Ökosteuersstufe wird der Rentenversicherungsbeitrag ansteigen. Der Bundeszuschuss wird bei über 77 Mrd. Euro liegen und wird damit der größte Einzelposten im Bundesetat sein. Die Rentenpolitik dieser Bundesregierung ist damit zum Sprengsatz für den Bundeshaushalt geworden.

Die beträchtliche Schiefelage zu Lasten der öffentlichen Investitionen wird auch im nächsten Jahr nicht korrigiert, die Investitionsquote im Bundeshaushalt bleibt auf historisch niedrigem Niveau.

■ Mit Blick auf die Kommunen kündigte Merz an, die Union werde die Gewerbesteuerumlage wieder auf das Niveau vor der rot-grünen Steuerreform senken.

■ Darüber hinaus will eine unionsgeführte Bundesregierung ab 2004 eine Reihe grundlegender Reformen

anpacken: Dazu gehöre eine „grundlegende Steuerreform mit dem Ziel einer radikalen Vereinfachung des Steuersystems“.

■ Schließlich soll in der nächsten Legislaturperiode eine Finanzverfassungsreform auf den Weg gebracht werden.

UD

nicht aus, um Wachstumskräfte zu mobilisieren. Als einen der „größten Skandale“ der rot-grünen Bundesregierung bezeichnete sie die finanzielle Schädigung der Länder und Kommunen. Mit dem ordnungspolitischen Sachverstand der Union werde es jedoch gelingen, Deutschland wieder nach vorne zu bringen.



Konkret nannte Merz fünf Punkte

Friedrich Merz hob hervor, dass er die Zuständigkeit für die Finanzpolitik im Kompetenzteam gerne übernommen habe. Schließlich handele es sich dabei um eine „Querschnittsaufgabe“ durch alle Politikbereiche. Konkret nannte Merz fünf Punkte, die die Union nach dem Regierungswechsel umsetzen werde:

■ Zunächst müsse die neue Bundesregierung klar machen, dass sie ohne Wenn und Aber zum europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt stehe.

■ Außerdem sei die Absenkung der Staatsquote unverzichtbar. Dieses Ziel könne nur erreicht werden, wenn Deutschland „aus eigener Kraft wieder zu stetigem, dauerhaften Wirtschaftswachstum“ zurückfinde.

Wir werden mit einem **neuen Gesetz** Zuwanderung steuern und begrenzen

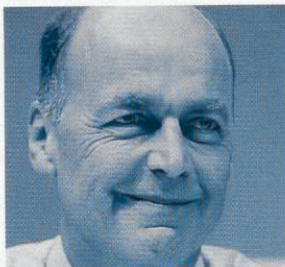
Zur Unterzeichnung des Zuwanderungsgesetzes durch Bundespräsident Johannes Rau erklärte der Generalsekretär:

Die CDU nimmt zur Kenntnis, dass der Bundespräsident das Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung durch seine Unterschrift ausgefertigt hat und es im Bundesgesetzblatt verkünden lässt.

Die CDU hält an ihrer Rechtsauffassung fest, dass dieses Gesetz im Bundesrat nicht nach der Vorschrift des Artikels 51 Abs. 3 unserer Verfassung zustande gekommen ist. Artikel 82 Abs. 1 des Grundgesetzes schreibt vor, dass nicht gültig zustande gekommene Gesetze vom Bundespräsidenten nicht unterzeichnet werden.

Die unionsgeführten Länder werden nunmehr die Rechtmäßigkeit des Zustandekommens des Zuwanderungsgesetzes vom Bundesverfassungsgericht überprüfen lassen.

Unabhängig von dieser Rechtsfrage lehnt die CDU das rot-grüne Zuwanderungsgesetz aus inhaltlichen Gründen ab:



■ Das Gesetz führt nicht zur Begrenzung der Zuwanderung, sondern hat eine Erweiterung der Zuwanderung zur Folge.

■ Ausländer sollen die Erlaubnis erhalten, sich ohne konkretes Arbeitsplatzangebot und ohne Bedarfsprüfung auf Dauer in Deutschland niederzulassen. Angesichts von rund vier Millionen Arbeitslosen besteht – von Spezialisten abgesehen – zurzeit kein Bedarf für weitere Zuwanderung nach Deutschland zu Lasten einheimischer Arbeitsloser.

Integration hat Vorrang vor weiterer Zuwanderung

■ Das Gesetz trägt den Gesichtspunkten der Integration nicht Rechnung. Vor-

rang muss die Integration der hier lebenden Ausländer vor weiterer Zuwanderung haben.

■ Durch eine Fülle von Ausnahmenvorschriften soll der Nachzug von Kindern bis zum 18. Lebensjahr möglich sein. Die Pisa-Studie hat gezeigt: Ein möglichst früher Spracherwerb ist unerlässlich für eine sichere Zukunftsperspektive ausländischer Kinder in unserem Land. Das rot-grüne Gesetz erschwert die Integration statt sie zu fördern.

■ Das Gesetz sieht vor, dass illegal eingereiste Ausländer alleine durch Zeitablauf ein Daueraufenthaltsrecht erwerben können. Dies widerspricht eklatant unserer Rechtsordnung.

■ Das rot-grüne Gesetz weitert die Aufenthaltsrechte für Flüchtlinge über die Standards internationaler Vereinbarungen hinaus aus. Es setzt damit weitere Anreize für Armutsflüchtlinge aus aller Welt, nach Deutschland zu kommen.

Die CDU ist immer dafür eingetreten, dass Deutschland ein weltoffenes Land ist. Wir leisten für Menschen, die

ERWIN MARSCHESKI:

Gang nach Karlsruhe unvermeidlich

Zum weitem Verfahren nach der Unterzeichnung des Zuwanderungsgesetzes durch Bundespräsident Rau erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Sobald das Zuwanderungsgesetz im Bundesgesetzblatt steht, wird die Union umgehend nach Karlsruhe gehen und die Verfassungsmäßigkeit des Zustandekommens durch das höchste deutsche Gericht überprüfen lassen. Hieran besteht kein Zwei-

fel. Für die Union ist dieser Weg unausweichlich, weil wir das Votum des Bundesrates über das Zuwanderungsgesetz für verfassungswidrig halten. Bundesratspräsident Woweriet hätte nach unserer Auffassung, die von allen namhaften Verfassungsrechtlern Deutschlands geteilt wird, das widersprüchliche Votum Brandenburgs nicht als Ja-Stimme werten dürfen.

Das Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung wird eine unionsgeführte

Bundesregierung auf jeden Fall so nicht akzeptieren. Beispielsweise nenne ich:

- Gesetzesziel Zuzugsbegrenzung
- Arbeitsmarkt
- Nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung
- Härtefallregelung
- Kindernachzugsalter
- Asylbewerberleistungsgesetz
- Integration.

Mit großer Spannung erwarten wir, wann die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen zustimmungspflichtigen Rechtsverordnungen im Bundesrat vorgelegt werden.

aus anderen Ländern zu uns kommen, mehr als viele andere Staaten. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Dies wird aber nur so bleiben können, wenn es gelingt, die Zuwanderung nach Deutschland auf ein verkraftbares Maß zu begrenzen.

Eine Bundesregierung Stoiber wird das rot-grüne Zuwanderungsgesetz umgehend nach dem 22. September durch ein neues Gesetz ersetzen, das die Zuwanderung in unser Land wirksam steuert und begrenzt.

Amtliche Zahlen widerlegen Bundesinnenminister Schily

Die Zuwanderung nach Deutschland ist sehr viel höher, als die Bundesregierung dies in der Auseinandersetzung um das Zuwanderungsgesetz angibt. Deshalb sind auch, wie amtliche Zahlen belegen, die Belastungen, die den Deutschen für die Integration abverlangt werden, in Wirklichkeit höher: Allein im Jahr 2000 kamen 841.000 Menschen, davon rund 650.000 Ausländer nach Deutschland.

Bundesinnenminister Schily macht eine ganz andere Rechnung auf: 100.000 Personen Nettozuwanderung im vergangenen Jahr und nur 86.000 im Jahr 2000. Professor Charlotte Höhn, Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt gibt Edmund Stoiber recht. Er habe sogar bei den 500.000 Zuwanderern, von denen er spricht, mehr als die etwa 80.000 Asylbewerber abgezogen.

Wir brauchen einen **Qualitätspakt** Bildung in den 16 Bundesländern

Die nationale Pisa-Studie ist eine Bilanz über mehrere Jahrzehnte Bildungspolitik in 16 Ländern. In dieser Bilanz nehmen über alle drei untersuchten Kompetenzbereiche die unionsregierten Länder Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen die Spitzenplätze ein. Sozialdemokratische Länder stehen vor einem Desaster. Was ist zu tun?

Die dramatischen Leistungsunterschiede in Deutschland sind in hohem Maße besorgniserregend und dürfen nicht hingekommen werden. Deshalb müssen rasch vergleichbare Bildungsstandards zwischen allen 16 Ländern für alle Schularten vereinbart werden. Deren Einhaltung ist durch regelmäßige länderübergreifende Bildungsvergleiche zu überprüfen. In allen Bundesländern müssen Jahrgangsstufentests und zentrale Abschlussprüfungen mit vergleichbar hohem Niveau in allen Schularten eingeführt werden, die sich als wirksame

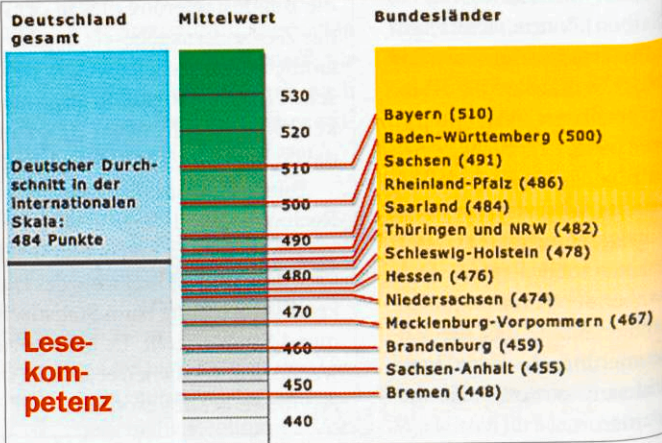
Hilfe zur Standardbildung erwiesen haben.

In den unionsregierten Ländern ist die Integration besser gelungen. Das zeigt die Richtung an, in der Förderung und Integration ausländischer Jugendlicher mit Vorrang zu verbessern sind. Die Studie weist deutlich aus, dass hierbei der Abbau von Sprachbarrieren im Zentrum steht. Deshalb ist die Sprachförderung zum Abbau von Sprachbarrieren zwingend, um ausländischen Kindern und Jugendlichen eine faire Chance in der Schule zu geben.

Insbesondere für jene sozialdemokratisch regierten Länder, die in der jetzigen

Studie hohe soziale Disparitäten aufweisen, gilt: Es muss mehr soziale Gerechtigkeit im Blick auf Bildungsbeteiligung, Grundbildungsstandard und die Verminderung der Risikogruppe geschaffen werden.

CDU und CSU treten für föderalen Wettbewerb ein. Der Grundgedanke eines Wettbewerbs um die besten Bildungskonzepte ist das Zukunftsmodell zur Qualitätsverbesserung. Der Versuch des Bundes, eine Verbesserung des Bildungswesen in Deutschland durch mehr Bundeskompetenz zu bewirken, widerspricht den Entwicklungen z.B. in Kanada. Kanada ist ein gutes



Beispiel dafür, wie in einem föderalen System in den letzten Jahren erhebliche Leistungssteigerungen in den Provinzen durch den Wettbewerb eben dieser Provinzen erreicht werden konnte.

Die Vorschläge der Bundesregierung, wonach pädagogische Konzepte, der Fächerkanon, die Dauer der Schulpflichtzeit und Unterrichtsmaterial zentral vom

Bund gesteuert und vereinheitlicht werden sollen, sind abwegig. Solcher Zentralismus schadet den Schulen. Unsere Schulen brauchen mehr Selbstständigkeit. Zugleich müssen die SPD-Länder endlich bereit sein, zentrale Abschlussprüfungen und länderübergreifende Bildungsvergleiche einzuführen.

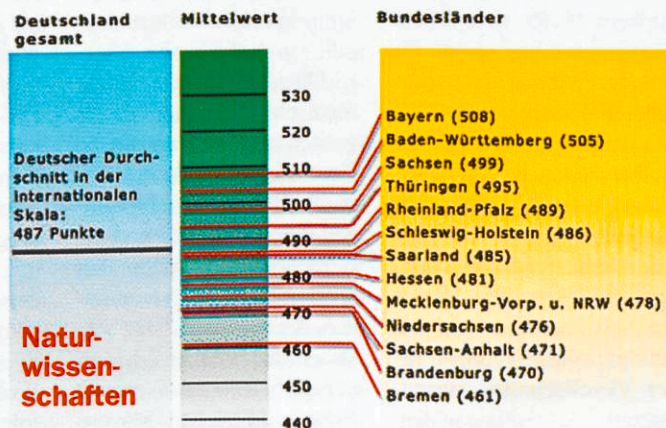
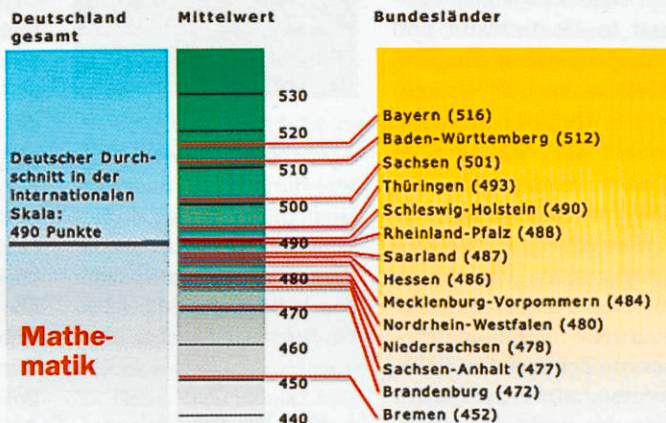
Die nationale Pisa-Studie gibt keinen Hinweis darauf, dass Ganztageschulen generell zu einer Verbesserung der Qualität beitragen. Der Ausbau von Ganztageschulen und Ganztagesangeboten durch die Länder muss daher bedarfsorientiert und in Abstimmung mit den Kommunen ausgedehnt werden.

Die 16 Länder sind aufgefordert zu einem umfassenden Qualitätspakt, der in allen 16 Ländern die Zukunftschancen junger Menschen sichert. Ziele müssen sein: Leistung fördern – Lernen fördern – Orientierung vermitteln – Selbstvertrauen stärken.

Die pädagogische Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer an über 44.000 Schulen in Deutschland braucht

Respekt, Autorität und Unterstützung in den Familien.

Das Ziel aller 16 Länder muss sein, besser zu werden im Blick auf eine überzeugende Position im internationalen Wettbewerb. Hierzu ist zunächst innerhalb Deutschlands Maß zu nehmen an jenen, die bereits überzeugende Konzepte und eine gute Ausgangsposition erreicht haben.



In Europa weht ein **neuer Wind**, der Wind der reformfreudigen Mitte

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU! Es ist mir eine Ehre und eine große Freude, auf diesem Parteitag zu Ihnen zu sprechen. Die CDU hat sich wie kaum eine andere Partei um Demokratie und Freiheit in Deutschland und Europa verdient gemacht. Als Demokrat, als Verfechter der Freiheit und als Europäer fühle ich mich an diesem Rednerpult der CDU wie zu Hause.

Europa erlebt einen der bewegendsten Augenblicke in seiner Geschichte. Der weltweite Wandlungsprozess im Zeitalter der Globalisierung stellt Europa vor eine der wichtigsten Weichenstellungen. Uns Europäern bietet sich erneut die Chance, die Zukunft für uns zu gewinnen und wieder eine Führungsposition zu erlangen. Jetzt brauchen wir Selbstvertrauen. Jetzt müssen sich die Deutschen, die Spanier und alle Europäer der Herausforderung stellen, ihr Vertrauen in die Freiheit zu setzen und das schöpferische Potenzial ihrer Gesellschaften auszunutzen.

Aus der Rede des spanischen Ministerpräsidenten und Präsidenten des Rats der Europäischen Union, José Maria Aznar Lopez, auf dem 15. Parteitag der CDU in Frankfurt am Main am 17. Juni

Die Zeiten, in denen unsere Bürger einen Staat verlangten, der immer als Beschützer interveniert und dabei ungeniert in alle Sphären des Lebens der Menschen vordringt, sind vorbei.

Den Wettbewerb in einer globalisierten Welt bestehen

Die alten Modelle der europäischen Sozialdemokratie greifen heute zu kurz, um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu bewältigen. Die Deutschen und die Europäer im 21. Jahrhundert müssen Reformen vorantreiben, die uns in die Lage versetzen, den Wettbewerb in einer globalisierten Welt mit Erfolg zu bestehen. Für uns

Europäer ist es unabdingbar, dass Deutschland, der wichtige Motor der europäischen Wirtschaft, eine neue Spritze und einen neuen politischen Kraftstoff erhält, um Fortschritt sowie Beschäftigung zu schaffen und das Vertrauen des ganzen europäischen Kontinents zu erhalten.

Ich weiß sehr genau, dass die Politik, die Beschäftigung und Wohlstand schafft, nur diejenige Politik sein kann, die die Quellen für Arbeitsplätze und Reichtum ungehindert sprudeln lässt. Die Menschen müssen spüren, dass ihr Unternehmertum ein Gut ist, das wir Politiker nicht zu verschleiern bereit sind. Unser politisches Vorhaben gründet auf einer tiefen Überzeugung, nämlich darauf, dass die beste Sozialpolitik eine Politik ist, die Arbeit, Sicherheit und mehr soziale Gerechtigkeit für die Bürger schafft, und dass das größtmögliche Maß an Solidarität mit der Beschäftigung und der Sicherheit zusammenhängt. Ohne Reformen gibt es keine Beschäftigung. Wohlstand ist von dem Erfolg der Reformen abhängig.



Liebe Freunde, ich habe schon zu Beginn gesagt, dass ich heute auch über die Einheit sprechen will. Die CDU und die spanische Partido Popular sind im Europäischen Parlament politisch zusammengeschlossen. Unsere solide Einheit im Rahmen der Europäischen Volkspartei ist der Garant dafür, dass die politische Sprache und das politische Projekt unserer Fraktion das einzige ernsthafte und wirklich europäische Konzept bieten, das in der Lage ist, in den europäischen Institutionen Führung zu übernehmen.

Wir teilen gemeinsame Werte und Prinzipien

Wenn wir von der Einheit in der europäischen Volkspartei sprechen, dann tun wir das in dem Wissen, dass unsere größte Kraft genau

darin liegt, dass wir eine gemeinsame Wertegemeinschaft und gemeinsame Prinzipien teilen. Von dieser Stelle aus möchte ich die gesamte Fraktion und insbesondere meinen Freund Hans-Gert Pöttering dazu beglückwünschen, dass sie das Grundverständnis zwischen Spanien und Deutschland immer wieder mit Geschick zu lenken wussten.

Das Verständnis zwischen Spaniern und Deutschen in der Europäischen Volkspartei ist grundlegend, um die Debatte über die Zukunft des neuen Europas gemeinsam zu gestalten.

Wenn die politischen Kräfte von CDU und Partido Popular die Zukunft Europas gemeinsam vorantreiben wollen, dann dürfen wir nicht aufhören, ganz eng an der Verwirklichung einer bestimmten Realität zu arbeiten, und zwar an Problemen der Menschen zu arbei-

ten, die heute in Europa ganz anders sind als noch vor einigen Jahren.

Wir in Spanien wissen, wie hoch der Preis für ein Leben in Demokratie und Freiheit ist. Wir wissen, dass Demokratie und Freiheit keine Errungenschaften sind, die ewig halten, sondern dass gerade ihr Bestand von allen Demokraten permanente Einsatzbereitschaft zu ihrer Verteidigung verlangt.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, liebe Angela, lieber Edmund, ihr wisst besser als jeder andere, dass in Europa ein neuer Wind weht. Vor sechs Jahren nun streifte die sanfte Brise, der leichte Wind der reformfreudigen Mitte Spanien. Danach folgten Veränderungen in Österreich, Italien und Dänemark, danach in Portugal, in den Niederlanden und jetzt in Frankreich.

Jetzt seid ihr dran!

Dir, lieber Edmund, dir, liebe Angela, liebe Freundinnen und Freunde der CDU, ihr habt die Verantwortung und ihr habt auch die Chance. Ich wünsche euch viel Glück. Ich möchte euch sagen, dass ihr bei dieser Aufgabe immer die Partido Popular auf eurer Seite haben werdet.

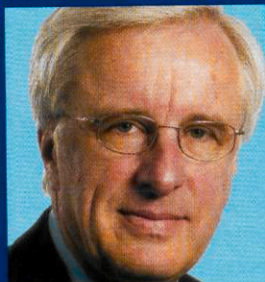
UD

Wir müssen die Osterweiterung offensiv zu unserem Thema machen

Ich muss Ihnen berichten, dass nach vier Jahren rot-grüner Regierung in der Bundesrepublik Deutschland unser Land in der Europäischen Union deutlich an Boden verloren hat. Die EU-Mitgliedstaaten haben in den vergangenen vier Jahren erstmals einen deutschen Kanzler kennen gelernt, der das Poltern zum Prinzip seiner Politik erhoben hat. Sie werden sich unschwer vorstellen können, dass deutsches Poltern in Brüssel wenig Aussicht auf Erfolg hat. Mit deutscher Poltereierie in Europa sind unsere Interessen noch nie gut vertreten worden. Das wissen wir seit Wilhelm II.

Auch diesmal hatte das Vorgehen des Bundeskanzlers Schröder keinen Erfolg. Es fing damit an, dass er sich mit den Franzosen anlegte. Er hat viel Porzellan im deutsch-französischen Laden zerdeppert, das, so hoffen wir, in Zukunft wieder aufgebaut werden kann. Insgesamt hat dies dazu geführt, dass unser prägender Einfluss auf die europäische Entwicklung verloren gegangen

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe



der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments auf dem 15. Parteitag der CDU in Frankfurt am Main am 18. Juni

ist, weil bei den anderen Mitgliedstaaten das Gefühl entstand, die Deutschen wüssten nicht mehr abzuwägen zwischen ihren eigenen Interessen und dem europäischen Gemeinwohl. Früher konnten die Deutschen ihr Interesse und das europäische Wohl in Balance bringen. Das hatten viele vom Bundeskanzler Kohl gelernt. Jetzt scheinen sich alle in der Wagenburg ihrer nationalen Interessen einzumauern. Deshalb stockt der europä-

sche Fortschritt. Das war am Beispiel von Nizza deutlich zu sehen.

Der Vertrag von Nizza hat Europa im Kern nicht nach vorne gebracht. Deswegen müssen jetzt Versuche unternommen werden, im Konvent möglichst bald zu einer Lösung zu kommen. Aber dahinter steht, dass es in der europäischen Politik keinen Staatsmann von Rang mehr gibt, der in einer Problemsituation die europäische Fahne in die Hand nimmt und sowohl einen Ausgleich der nationalen Interessen als auch die Beförderung des europäischen Interesses versucht.

Dass die Deutschen in Europa an Boden verloren haben, ist allerdings bedauerlicherweise auch eine in Zahlen erfassbare Bilanz. Beim Wirtschaftswachstum liegen wir bekanntlich deutlich zurück. Im Jahre 2001 war der EU-Durchschnitt 1,6 Prozent, bei uns waren es gerade 0,6 Prozent. In diesem Jahr, 2002, werden der EU 1,4 Prozent vorausgesagt, wir hinken mit prognostizierten 0,9 Prozent deutlich zurück, ganz zu schwei-

gen von den Vereinigten Staaten von Amerika, die 2,3 Prozent Wirtschaftswachstum erwarten dürfen.

Das bedeutet: Ohne Deutschland wäre das Wachstum in Europa höher. Nach nur vier Jahren rot-grüner Politik ist Deutschland nicht mehr Wachstumsmotor in Europa, sondern Wachstumsbremse. Das heißt, dass das rot-grüne Projekt in Deutschland auch die anderen Europäer teuer zu stehen kommt. Das haben sie glücklicherweise gemerkt. Deswegen haben sie sich inzwischen reihenweise von linken Regierungen in Europa verabschiedet: in Österreich, in Italien, in Portugal, in den Niederlanden und in Dänemark, und, meine Damen und Herren, es gibt guten Grund zu der Annahme, dass der entscheidende Schritt der Verabschiedung der rot-grünen Regierung auch hier bei uns in Deutschland am 22. September bevorsteht.

Auch bei den Haushaltsdefiziten am Tabellenende

Auch die deutsche Fiskalpolitik hat trotz ihres Sparanspruchs ihrer qualitativen Ausrichtung wegen den Wachstumsprozess

eben nicht positiv beeinflusst. Es gibt eine Studie des Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung, die darlegt, dass der deutsche Sparkurs im Wesentlichen in der Kürzung investiver Ausgaben bei gleichzeitiger Erhöhung der Einnahmen besteht. Das heißt, dass die konsumptiven Staatsausgaben, die Sozialausgaben und die Personalausgaben verschont geblieben sind. Es gibt hinreichend Analysen auf der Basis von Ländervergleichen, die belegen, dass eine Konsolidierung auf dieser Grundlage einen dauerhaften Konsolidierungserfolg nicht erbringt. Das sieht man an dem Vergleich der Zahlen des Haushaltsdefizits in Europa. Auch da sind wir in der Europäischen Union am Tabellenende. Im Jahre 2001 betrug der europäische Durchschnitt minus 1,3 Prozent, in Deutschland minus 2,7 Prozent, nur die Portugiesen waren mit 2,4 Prozent etwa in unserer Nähe. Für das Jahr 2002 sehen die Voraussagen nicht wesentlich günstiger aus: EU-Durchschnitt 1,4 Prozent, wir werden mit 2,3 Prozent geschätzt, und die Portugiesen werden uns, so scheint es, mit 2,5 Prozent geringfügig überholen.

Andere Länder erwirtschaften Überschüsse. Die

Niederländer, Österreich, die Finnen, die Luxemburger, die Iren erwirtschaften Haushaltsüberschüsse, während wir beim Defizit am Tabellenende rangieren – nach vier Jahren rot-grüner Politik. Ein weiteres Argument dafür, dass sich dies ändern muss.

Für die Kommission ein alarmierendes Signal

Übrigens erwartet die Kommission ebenso wie die OECD für das Jahr 2002 in Deutschland ein Defizit von 2,8 Prozent. Herr Eichel hatte im Jahr 2001 1,5 Prozent prognostiziert und war dann bei 2,7 Prozent gelandet. Nicht zuletzt diese Differenz war für die Kommission ein Anlass für den blauen Brief. Diese starke Abweichung war für die Kommission ein alarmierendes Signal, das unter Aufbieten unsittlicher Anstrengungen gestoppt worden ist. Hans-Gert Pöttering hat es in zutreffender Weise geschildert.

Also, das Markenzeichen für Deutschland in Europa sind gegenwärtig der blaue Brief und die rote Laterne – dies alles dank Rot-Grün. Das darf nicht so bleiben, das muss sich ändern, und das kann sich auch ändern.

Es muss sich deswegen ändern, weil bei uns auch die Arbeitslosigkeit höher liegt als im EU-Durchschnitt, deutlich höher als in den Vereinigten Staaten von Amerika, ja, selbst höher als in Japan.

Die Ankündigung, die Politik in den neuen Ländern und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Chefsache zu machen, ist heute schon vielfach zitiert worden. Wir haben diese Ankündigung inzwischen als Drohung identifiziert, nicht als Versprechen, wie sie daher kam. Wir können unter diesen Umständen nur froh sein, dass der Bundeskanzler darauf verzichtet hat, die Europapolitik zur Chefsache zu machen. Das gibt uns wenigstens die Chance, es noch einmal im Guten zu versuchen und es besser zu machen.

Auch mit der Höhe unserer Sozialbeiträge ganz vorn

Ein wesentlicher Bremsklotz unserer Wirtschaftsentwicklung ist die wiederum überdurchschnittlich große Höhe unserer Sozialbeiträge. Wir liegen mit rund 19 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an der Spitze in der Europäischen Union und natürlich deutlich über dem EU-

Durchschnitt. Es gibt eine ziemlich unverdächtige Kommentatorin dieser Entwicklung. Das ist die sozialistische Kommissarin für Soziales in der Europäischen Kommission. Die hat den Deutschen – der ihr befreundeten Regierung – ins Stammbuch geschrieben: Das Reformtempo im Steuer- und Sozialsystem müsse deutlich erhöht werden, und dann: Unter den gegebenen Bedingungen ist das größte Land im Euroraum nicht attraktiv für Investoren. – Das müssen wir ändern und das kann sich ändern.

In der Tabelle des europäischen Wirtschaftens stehen wir auf einem Abstiegsplatz, aber das ist kein Naturgesetz. Das hat es in der Vergangenheit auch nicht gegeben, das ist auch keine Folge unserer Exportabhängigkeit, wie der Bundeskanzler uns einreden will. Im ersten Quartal dieses Jahres sind die Auslandsbestellungen um 3,1 Prozent gestiegen, allerdings vom Rückgang der Inlandsaufträge um 2,6 Prozent aufgeessen worden. Das ist die Ursache dafür, dass sich die erhoffte Konjunkturerholung im 1. Quartal dieses Jahres im Auftragseingang der deutschen Unternehmen nicht widerspiegelt. Die Ursachen dafür

liegen nicht im Export oder der Situation der Vereinigten Staaten. Sie sind hausgemacht. Bei uns sind sie zu suchen, und bei uns sind die Probleme zu lösen.

Natürlich haben die Deutschen die Möglichkeit, wieder zum Motor und auch zum wirtschaftlichen Motor Europas zu werden. Unser Programm „3 x 40“ bietet den richtigen Hinweis. Niedrigere Steuern, stabile Sozialversicherungsbeiträge und einen sparsamen Staat brauchen wir. Das zeigt den Weg, der uns auch in der Europäischen Union wieder nach vorne bringen wird.

Die EU braucht ein selbstbewusstes Deutschland

Die Europäische Union braucht aber nicht nur ein wirtschaftlich starkes, sondern sie braucht auch ein selbstbewusstes Deutschland, ein Deutschland, das vom europäischen Geist getragen ist, in einer Zeit, in der der Charakter politischer Entscheidungen auf der EU-Ebene mehr und mehr die Qualität von Innenpolitik einnimmt und dementsprechend eben auch, wie das in der Innenpolitik üblich ist, gelegentlich kritischer Be-

trachtung unterzogen werden muss.

Wir haben uns in der Europäischen Union dazu entschieden, den Aufbau von Behörden der Palästinenser finanziell zu unterstützen. Das ist, denke ich, ein sinnvoller Beitrag bei dem Versuch einer Konfliktlösung im Nahen Osten, der uns alle interessiert, der uns nahe geht. Ob dieses Ziel durch die Aufnahme mutmaßlicher palästinensischer Terroristen in die Europäische Union gefördert wird, finde ich ganz außerordentlich zweifelhaft.

Warum Zustimmung zur Aufnahme dieser Terroristen?

Entschieden hat dies der Europäische Rat, nicht etwa die Europäische Kommission. Der Rat hat es einstimmig entschieden und damit auch mit Zustimmung des deutschen Ratsvertreters. Deswegen möchte ich einmal wissen, ob dem deutschen Ratsvertreter die Identität dieser mutmaßlichen Terroristen und das, was ihnen vorgeworfen wird, vorher bekannt war und, wenn ja, warum er dann der Aufnahme dieser Terroristen zugestimmt hat. Werden sie nun zur Verantwortung ge-

zogen oder, wenn solche Vorwürfe nicht bekannt gewesen sein sollten – was ich bezweifle –, wie gedenkt man jetzt zu reagieren, nachdem eine Reihe von Personen Aufnahme in der Europäischen Union gefunden hat, die schlimmster Verbrechen beschuldigt werden? Werden die nun zur Verantwortung, zur Rechenschaft gezogen oder nicht?

Dass die Europäische Kommission die palästinensische Autonomiebehörde mit einer monatlichen Pauschale von 10 Millionen Euro fördert, gehört sicherlich zum Zweifelhaftesten, was sich die Kommission jemals ausgedacht hat. Es gibt überzeugende Hinweise dafür, dass Arafat die Familien von Selbstmordattentätern persönlich unterstützt. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, dass es hier nicht nur um europäische, sondern auch um deutsche Steuergelder geht, dann muss man sagen: Dies ist skandalös und unverantwortlich.

Bei aller Bereitschaft, den Palästinensern zu helfen, einen eigenen Staat zu errichten, um damit einen Beitrag zum Frieden im Nahen Osten zu leisten: Ohne einen lückenlosen Nachweis über die Verwendung dieser Pauschalzahlungen werden die Unionsabgeord-

neten im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments einer Verlängerung dieser Zahlung ihre Zustimmung verweigern.

Das große Thema auf der europäischen Tagesordnung ist zweifellos die Erweiterung. Es ist unbestritten die historische Chance unserer Generation. Wir haben die Chance, die Einheit Europas zu vollenden, Europa wieder zu vereinen. Wir werden darüber, wie wir mit dieser Chance umgegangen sind, Rechenschaft abzulegen haben. Ich glaube, das ist unter uns unstrittig.

Wir müssen die Vorteile der Erweiterung zeigen

Weniger klar ist, in welchem Umfang wir bereits jetzt wirtschafts- und handelspolitische Vorteile aus der Erweiterung ziehen. Es ist nicht zuletzt eine Sache der CDU und CSU, diese Vorteile in den Vordergrund der Diskussion zu rücken. Deutschland liegt so nahe an den neuen Wirtschaftsmärkten und Produktions- und Investitionsstandorten Mittel- und Osteuropas wie keine andere Industrienation. Schon in 2000 hat sich das Handelsvolumen mit den Kandidatenländern mit über 200 Mrd. DM gegenüber

1995 verdoppelt und damit das mit den USA überholt.

Schon heute sichert der Handel mit den Beitrittskandidaten jeden zehnten exportbedingten Arbeitsplatz in Deutschland. Das bedeutet einen direkten Beschäftigungsgewinn von 60.000 Arbeitsplätzen in der Europäischen Union, davon 44.000 in Deutschland; nicht gerechnet indirekte Beschäftigungseffekte. Bei fortgesetztem Wirtschaftswachstum in den Beitrittsländern werden der Import von Investitions- und Konsumgütern aus Deutschland und damit die Beschäftigungseffekte bei uns weiter steigen. Das heißt: Die wirtschaftspolitischen Vorteile der Erweiterung werden die denkbaren Belastungen übersteigen. Deswegen sind CDU und CSU wie keine andere Partei gefordert, die Erweiterung offensiv zu ihrem Thema zu machen.

Gegen eine agrarpolitische Zweiklassengesellschaft

Nun hat der Bundeskanzler erneut zum Mittel des Polterns gegriffen und der Europäischen Kommission vorgehalten, er könne sich mit den Direktbeihilfen für Landwirte in den Beitritts-

ländern nicht einverstanden erklären. Es ist richtig, dass in der Agenda 2000 diese sogenannten Direktbeihilfen nicht ausdrücklich erwähnt sind. Aber ebenso klar ist, dass die Direktbeihilfen zum *acquis communautaire* gehören, zu dem, was in der Europäischen Union rechtens ist. Wir werden es nicht schaffen – und es wäre ganz falsch –, in einem erweiterten Europa eine agrarpolitische Zweiklassengesellschaft einzuführen.

Bis zum Jahre 2006 ist die Erweiterung finanziert, auch mit dem Start der Direktbeihilfen. Danach müssen neue Lösungen gefunden werden, die auch unsere Situation als größter Nettoszahler berücksichtigen. Daran besteht kein Zweifel. Da die neue Lösung nur einstimmig gefunden werden kann, gibt es nicht den geringsten Grund, jetzt die Lösung eines Problems zu verlangen, die im Jahre 2006 ansteht. Deswegen, meine Damen und Herren: Wer jetzt auf diese Bremse tritt, setzt sich unweigerlich dem Verdacht aus, die Erweiterung verzögern zu wollen. Das liegt nicht im deutschen Interesse. Schon gar nicht liegt es in unserem Interesse, dass wir dafür verantwortlich gemacht werden.

Wir werden im Zusammenhang mit der Erweiterung noch genügend Probleme zu lösen haben. Die wirklich gewichtigen und schwierigen Kapitel – Agrarstruktur, Haushalt und auch Institutionelles – stehen noch aus. Zwischendurch lauern allerlei Untiefen auf den Erweiterungsfeldern.

Die Benes-Dekrete betreffen nicht nur die Deutschen

Die Tschechen haben ein neues Parlament gewählt und sie werden eine neue Regierung bekommen. Der Streit um die Benes-Dekrete ist weder die reaktionäre Spielwiese einiger weniger noch betrifft er nur die Deutschen. Es geht hier um die Geltung fundamentaler Rechtsprinzipien in einer Gemeinschaft wie der Europäischen Union, die ausschließlich von der Bindungswirkung des Rechts zusammengehalten wird.

Die Frage betrifft also keineswegs nur die Deutschen oder bilateral Deutschland und Tschechien, sondern sie betrifft die gesamte Union.

Das setzt sich in der Diskussion der Europäischen Union dankenswerterweise auch langsam durch, wenn-

gleich einzuräumen ist, dass nicht allein unsere Bemühungen, dieser Frage den angemessenen Rang zu verschaffen, zu diesem Ergebnis geführt haben. Wir hatten wichtige Verbündete wie den ehemaligen tschechischen Ministerpräsidenten Zeman, der mit seiner unsäglichen Erklärung von den Sudetendeutschen als 5. Kolonne Hitlers dieses Thema erneut in das Bewusstsein gehoben hat, oder den ehemaligen Parlamentspräsidenten Klaus, der gefordert hat, die Benes-Dekrete in den EU-Rechtsbestand aufzunehmen.

Diese Dekrete, die partiell noch immer angewendet werden, rechtfertigen Vertreibung, Entrechtung, Ausbürgerung von Deutschen und Ungarn, und sie stellen schlimme Massaker an Deutschen nicht nur straf-frei, sondern sie erklären sie bis heute für rechtmäßig. Daran hat sich nichts geändert. Deswegen sind diese Dekrete weder mit Völkerrecht noch mit EU-Prinzipien zu vereinbaren. Deshalb sage ich: Wir wollen die Tschechen in der Europäischen Union, aber nicht die Benes-Dekrete.

Eines der wichtigsten Themen, über die in der Europäischen Union gegenwärtig im Rahmen des Ge-

setzungsprozesses zunehmend gestritten wird, betrifft Einwanderung und Asyl. Die Kernfragen sind leicht beantwortet. Wir stehen zum Asyl für politisch Verfolgte. Das ist eine Frage der Humanität. Wir denken über Einwanderung nach unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsmarktsituation, möglicherweise auch unter dem Gesichtspunkt der Überalterung unserer Bevölkerung.

■ Wir brauchen Lösungen bei Asyl und Einwanderung

Im Kern kommt es darauf an, auf diesen Feldern der Asylpolitik und der Einwanderung Lösungen in Europa zu finden, die sachlich angemessen sind und die akzeptiert werden. Denn diese Lösungen entscheiden nicht nur über Einwanderungsquoten und Asylverfahren, sondern auch über den inneren Frieden in der Union.

Die Felder sind seit dem Amsterdamer Vertrag vergemeinschaftet. Es gibt einen sozialistischen Kommissar Vitorino aus Portugal. Er möchte der Vater des europäischen Asylrechts werden. Das ist schon deswegen problematisch, weil es in Portugal zum Beispiel

im vergangenen Jahr nur 159 Asylanträge gegeben hat. Daraus folgt, dass Herr Vitorino zu diesem Thema eine ganz andere Haltung hat als beispielsweise wir.

Herr Vitorino hat Gesetzentwürfe zum Asyl vorgelegt, die die bewährten Instrumente bei uns – also die Drittstaatenregelung, die Herkunftsstaatenregelung und das Flughafenmodell – praktisch aushebeln. Die Grundlagen des deutschen Asylkompromisses, die der Grund dafür waren, dass die Asylbewerberzahl von 450.000 auf unter 100.000 gesunken ist, sollen praktisch aufgegeben werden.

Der zweite Punkt ist in diesem Zusammenhang der Familiennachzug. Der herkömmliche Familienbegriff wird in den Vitorino-Entwürfen praktisch aufgegeben. Nachzugsansprüche gibt es nicht nur für die Kernfamilie, sondern auch für volljährige Kinder und für Verwandte in auf- und absteigender Linie – natürlich unterschiedslos für verheiratete, unverheiratete und gleichgeschlechtliche Paare.

Nun lohnt es sich, die Haltung des rot-grünen Lagers zu diesen Vorschlägen in den Blick zu nehmen. In der Bundesregierung vertritt bekanntlich Herr Schily in dem zuständigen Innenmi-

nisterrat die Bundesrepublik Deutschland. Herr Schily gibt in Deutschland den markigen Sheriff. Im Europäischen Parlament aber gehen rote und grüne Abgeordnete über die Vitorino-Vorschläge hinaus. Das heißt, Herr Schily bedient sowohl die Stammtische als auch die linke Klientel, nämlich die rot-grünen Abgeordneten. Dieses Vorgehen dürfen wir ihm nicht durchgehen lassen.

Der Doppelpass ist im Fußball ein bewährtes Manöver. In der Politik angewandt, ist er eine Täuschung der Wähler. Wir erwarten, dass sich eine unionsgeführte Bundesregierung in der Asyl- und Einwanderungspolitik strikt auf Mindestnormen beschränken muss. Über diese Normen mag in Europa hinausgehen, wer will. Aber unter gar keinen Umständen kann ganz Europa auf den Familienbegriff des Herrn Vitorino verpflichtet werden.

Europa der Regierungen oder Europa der Gemeinschaft?

Das große Thema „die Zukunft Europas“ wird gegenwärtig im Konvent behandelt. Vielleicht gelingt es ihm, einen Entwurf für ei-

nen Verfassungsvertrag zu erarbeiten. Es gibt viele Einzelfragen. ■ Wie wird die Grundrechtecharta in das Vertragswerk eingefügt? ■ Wird es einen Katalog von Zuständigkeiten geben, der die Kompetenzabgrenzung in unserem Sinne regelt? ■ Wie soll die Rolle der nationalen Parlamente in Europa aussehen?

Aber jenseits dieser Einzelfragen gibt es eine Kernfrage, die in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit an Bedeutung gewinnt. Das ist die Frage, ob das Europa der Zukunft ein Europa der Regierungen oder ein Europa der Gemeinschaft sein soll. Sollen europäische Angelegenheiten von den Regierungschefs unter Ausschluss von Parlament und Kommission untereinander geregelt werden? Oder wird europäisches Handeln von einem direkt gewählten Europäischen Parlament kontrolliert?

Es gibt in diesem Zusammenhang den Vorschlag einer 5-jährigen Ratspräsidentschaft, nicht zuletzt als Antwort auf die von uns vortragene Kritik am halbjährlich wechselnden Ratsvorsitz, der in der Tat nicht schreffektiv ist. Aber eine 5-jährige Ratspräsidentschaft, verbunden mit der Möglichkeit für den Rat, das Europäische Parlament auf An-

trag der Kommission aufzulösen – wenn es sich als unbotmäßigerweist –, ist ein Rückfall in vordemokratische Zustände. Das erinnert an den Wiener Kongress, aber nicht an das Europa der Zukunft im 21. Jahrhundert.

Dieser Ratspräsident, der die Europäische Union im gesamten außenpolitischen Bereich und bei der Außenhandelspolitik vertreten würde, wäre keinerlei Kontrolle unterworfen. Er wäre weder irgendeinem nationalen Parlament noch dem Europäischen Parlament verantwortlich. Deswegen stoßen solche Vorschläge auf unseren hartnäckigen Widerstand.

Deutschland schickt in den Konvent einen Hochschulprofessor

Da fragt man sich: Welche Rolle spielt in der Konventdiskussion überhaupt der größte Mitgliedstaat in der Europäischen Union? Zu diesen wichtigen Fragen gibt es keine Haltung der Bundesregierung – Sendepause. Das sieht man schon daran, wie die Bundesrepublik Deutschland im Konvent vertreten wird. Andere Mitgliedstaaten schicken ihre Regierungschefs, ehemalige Regierungschefs,

FRIEDRICH MERZ:

Kanzler Schröder **schadet** den deutschen Interessen

Zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Sevilla erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Mehr und mehr stellt sich heraus, dass Bundeskanzler Schröder und mit ihm die gegenwärtige Bundesregierung zu einer Belastung für eine zeitplangerechte Er-

weiterung der Europäischen Union geworden ist. Wer mit einem vorab über die Medien verkündeten Finanzembargo die europäischen Partner unter deutsche Bedingungen für die Osterweiterung zwingen will, betreibt Populismus und gefährdet eines der wichtigsten europäischen Projekte.

stellvertretende Ministerpräsidenten oder Regierungsmitglieder. Deutschland aber schickt einen Hochschulprofessor, der sicherlich sympathisch ist. Er ist aber in europapolitischen Angelegenheiten noch nie in Erscheinung getreten, und er ist auf europäischer Ebene ohne ein Amt. Dementsprechend ist er auch ohne Einfluss. Das ist ein Grund, weshalb diese Diskussion weitgehend an der offiziellen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland vorbei geführt wird. Nur unser Freund, der Ministerpräsident Erwin Teufel, entsandt vom Bundesrat, artikuliert die deutsche Stimme im Konvent.

Die Bundesregierung ist aber nicht vertreten. Auch das muss sich nach dem 22. September nachdrücklich ändern.

Am 22. September müssen neue Voraussetzungen geschaffen werden


Dahinter verbirgt sich, dass die Bundesregierung nie ein Konzept hinsichtlich Europa gefunden hat. Vorschläge machen nur die Herren Blair und Aznar. Wir sind nicht mit all diesen Vorschlägen einverstan-

den. Aber sie denken wenigstens über die Zukunft nach und bestimmen die Diskussion. Demgegenüber gibt es keine deutschen Vorschläge, obwohl wir der größte Mitgliedstaat sind und einen großen Beitrag leisten. Wir tragen eine große Last bei der Erweiterung und ihrer öffentlichen Darstellung. Aber wir sind in der Diskussion über die Zukunft Europas praktisch nicht vertreten.

Auch daran wird deutlich: Es gibt nicht nur kein europapolitisches Modell dieser Regierung, es gibt auch kein Verständnis für europäische Angelegenheiten. So wie Bundeskanzler Schröder seine europapolitischen Auftritte begonnen hat, so will er sie offensicht-

lich auch beenden, nämlich mit Gepoltere. Damals war es gegenüber den Franzosen und in der letzten Zeit zunehmend gegenüber der Europäischen Kommission.

Die Deutschen haben einen großen europapolitischen Auftrag. Wir brauchen die Europäische Union. In dieser Union haben wir unsere nationale Einheit wiedererlangt. Aber die Europäische Union braucht auch die Deutschen und ein starkes und selbstbewusstes Deutschland.

Die Wahl am 22. September muss die Voraussetzung schaffen, dass auch die Deutschen ihrer europapolitischen Verantwortung wieder gerecht werden. 

Wir haben kein Defizit an Vorschlägen, sondern an politischer **Umsetzung**

Wir müssen alles dafür tun, Hürden auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen, damit in Deutschland endlich wieder mehr Arbeitsplätze entstehen.

Die Vorschläge der Hartz-Kommission sind vor allen Dingen eins: ein Testat für das Versagen der Bundesregierung. Zeigen sie doch, dass Herr Schröder vier Jahre vertan hat. Symptomatisch dafür steht das gescheiterte Bündnis für Arbeit. Auch im Wahlprogramm der SPD ist von notwendigen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt kein Wort zu lesen. Wir haben in Deutschland kein Defizit an Vorschlägen, sondern ein Defizit an politischer Umsetzung.

Schröder versucht seine Untätigkeit und Ratlosigkeit hinter den Ideen der Hartz-Kommission zu verstecken. Ihm fehlt die Kraft, Deutschland wieder nach vorne zu bringen. Mit der Union ist ab dem 22. September wieder Zeit für Taten. Wir haben in unserem Regierungsprogramm weitreichende und konkrete Vorschläge zur Flexibilisierung des Arbeits-

marktes, die die Hartz-Kommission in vielen Bereichen übernommen hat. So zum Beispiel die Förderung des Niedriglohnbereichs, die Unterstützung der Selbstständigkeit oder die Einrichtung von Job-Centern zur besseren Vermittlung von Arbeitslosengeld- und Sozialhilfeempfängern. Allerdings schießen wir dabei nicht übers Ziel hinaus. Die von Hartz vorgeschlagenen Kürzungen beim Arbeitslo-

sengeld sowie statistische Trickereien zu Lasten älterer Arbeitsloser sind mit uns nicht zu machen.

Darüber hinaus gilt: Ein flexiblerer Arbeitsmarkt wird nur dann die von uns gewünschten Wirkungen für die Menschen entfalten, wenn durch eine Ausrichtung der gesamten Politik auf mehr Wachstum und Beschäftigung die Voraussetzungen wesentlich verbessert werden.

Gelesen, gelacht und gelocht: *Ein Hearing des Bundestags berät am 26. Januar 2000, wie durch Liberalisierung der Zeitarbeit mehr Beschäftigung entstehen kann. Die Unions-Opposition hatte dazu einen kompletten Gesetzentwurf eingebracht. Die rot-grüne Mehrheit schmetterte ab. Jetzt, kurz vor den Bundestagswahlen, erklärt Peter Hartz, Vordenker des Kanzlers, plötzlich die Reform der Zeitarbeit zum Herzstück für den Umbau auf dem Arbeitsmarkt. Die Bundesanstalt für Arbeit hat bereits im Herbst 1998 auf 150 Seiten formuliert: „Was zu tun ist. Agenda für mehr Beschäftigung“. 2001 legten die Berater des Bündnisses für Arbeit auf 400 Seiten ihr „Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung“ vor. Doch alle diese Empfehlungen wurden unbeachtet auf die lange Regierungsbank geschoben. Abgeheftet frei nach dem Motto „gelesen – gelacht – gelocht“. Papiere sind genug geschrieben. Wir haben aber, wie Roman Herzog am 26. April 1997 in seiner „Berliner Rede“ befand, in Deutschland kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.*

Rheinischer Merkur

EINEN FEHLSCHLAG

hat der stellvertretende FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle die Altersvorsorge nach dem Modell von Bundesarbeitsminister Walter Riester genannt. Seine dringende Empfehlung: mit Verträgen für die Riester-Rente bis nach der Bundestagswahl warten.

NOCH NICHT EINMAL

die Hälfte der Berliner ist fünf Monate nach Bildung des rot-roten Bündnisses mit der Arbeit des Senats zufrieden. Genau 50 Prozent der von Emnid Befragten finden die Leistungen der SPD-PDS-Koalition schlecht. Gelobt wird die Senatsarbeit von 63 Prozent der Berliner im Osten der Stadt. „Überraschend zufrieden“ sind mit 87 Prozent die PDS-Anhänger.

34.600 INSOLVENZEN

im ersten Halbjahr – das bedeutet einen Anstieg um 43 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit steht Deutschland in diesem Jahr ein neuer Pleitenrekord bevor, für den die schwache Konjunktur und Finanzierungsprobleme beim Mittelstand verantwortlich sind. Wie der Verband der Vereine Creditreform außerdem mitteilt, haben durch die Pleiten 300.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren.

ÖKO-BETRIEBE machen nach der Agrarstrukturerehebung vom Mai 2001 2,6 Prozent der 448.936 landwirtschaftlichen Betriebe aus. Der Anteil in den neuen Bundesländern: 4,6 Prozent. Durchschnittliche Betriebsgröße: 52,4 ha bei einer durchschnittlichen Größe aller Betriebe von 38,1.

3 PROZENT WENIGER

Übernachtungen als im Vorjahr hat das Statistische Bundesamt gezählt. Insgesamt waren es zwischen November 2001 und April 2002 121,1 Millionen. Der Rückgang betraf insbesondere die südlichen Bundesländer. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg konnten dagegen zusätzliche Besucher anlocken.

ANHALTENDE FLAUTE

auf dem Werbemarkt zwingt die Zeitungsbranche zu deutlichen Kostensenkungen. Helmut Heinen, Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV): „In allen Bereichen muss gespart werden. Alles muss auf den Prüfstand.“ Als besonders schwere Belastung erweisen sich für die Unternehmen die Novellierung des 630-Mark-Gesetzes und das geänderte Betriebsverfassungsgesetz.

VERLÄSSLICHE Information und mutige Kommentare – das wollen die meisten deutschen Zeitungsleser nach einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach. Rüdiger Schulz vom Institut: „Gleichzeitig sind heute viele Nutzer bequemer als früher und zu keinen großen Anstrengungen bereit.“ Auch wollen sie mehr Positives in den Zeitungen lesen – „weniger „Negativismus“.“

AUF PLATZ ZWEI

hinter den USA und vor Japan stehen mit ihren Patentanmeldungen deutsche Unternehmen und private Tüftler. 158.200 waren es im letzten Jahr: ein Zehntel mehr als ein Jahr zuvor. Um 26 Prozent erhöhte sich die Zahl der anerkannten Patente. Die bevorzugten Bereiche sind elektronische Nachrichtentechnik, Medizintechnik und elektronische Bauteile.

LEICHT GESTIEGEN

sind im vergangenen Jahr die Welterdölreserven: um 0,4 Prozent. Wie der Mineralölkonzern Esso mitteilt, sind rund 140 Milliarden Tonnen der Lagerstätten in der Erde und unter dem Meer angebohrt und könnten gefördert werden. **UD**

Rot-Grün will dauernd nur restrukturieren, wir wollen **etwas Neues** beginnen

Lassen Sie mich einen vielleicht etwas schwierigen Vergleich aus der Wirtschaft anstellen. Wenn ein Unternehmen Schwierigkeiten hat, dann kann es mehrere Restrukturierungsprozesse machen, indem es ununterbrochen nicht auf die Dynamik seiner Ideen, seiner Menschen und seiner Konzepte setzt, sondern ununterbrochen organisatorische Streichakte macht.

Das wird ja übrigens jetzt von uns allen verlangt. Jeder fragt uns, was wir denn alles streichen und verändern wollen. Das ist wie bei einem Unternehmer, der keine Ideen mehr hat und der im Grunde nur noch statisch auf seinen Haushalt starrt; dann macht er fünf Restrukturierungen, und danach geht er zum Konkursrichter. Das ist die Politik dieser Regierung: dass sie dauernd etwas restrukturieren will, was nicht mehr funktioniert, aber nichts Neues beginnen will. Wir wollen etwas Neues beginnen, und das ist der Unterschied.

Wir haben gesehen, wohin Deutschland mit dem

Aus dem Beitrag zu „Konzepte und Kompetenzen“ auf dem 15. Parteitag der CDU in Frankfurt am Main am 18. Juni

Gewurstel der rot-grünen Koalition kommt. Wenn Sie in der Frage, welche Übersicht die Regierung noch über ihre eigene Politik hat, den Höhepunkt sehen wollen, dann müssen Sie heute, ob Sie wollen oder nicht, die „Frankfurter Rundschau“ lesen. Sie bringt zwei interessante Meldungen. Auf Seite 1 steht: „Rentenbeitrag wird 2003 steigen.“ Das Haus von Herrn Riester bestätigt, man gehe davon aus, dass es eine Steigerung des Beitragssatzes von derzeit 19,1 auf 19,3 Prozent des Bruttolohnes geben werde.

Jetzt dürfen Sie die Zeitung aber nicht weglegen, sondern müssen Seite 5 aufschlagen. Dort finden Sie eine Anzeige der SPD. Darin heißt es: „CDU/CSU und FDP: Rentenbeiträge werden erhöht.“ Und: „SPD: Rentenbeiträge bleiben stabil.“ So die Zeitung von

heute! Wir würden so etwas „Management by chaos“ nennen.

Wir haben in der Frage der Wirtschafts- und Finanzpolitik drei klare Ziele. Das ist ein ehrgeiziges Regierungsprogramm. Es ist ehrgeizig, aber richtig, wenn wir sagen:

- 40 % Staatsquote,
- 40 % Spitzensteuersatz,
- 40 % Soziallasten.

Wenn Gerhard Schröder sagt, das geht alles nicht, das ist unseriös, dann schlage ich ihm vor, er soll einmal seine Aussagen aus seiner Blair- und Fortschrittsphase nachlesen. Diese Phase war sehr kurz, weil zu anstrengend. Er wollte so etwas auch einmal, aber er hat nach einiger Zeit erkannt, dass seine Truppenteile äußerst schwerfällig sind. Und was macht ein stürmischer General ohne Truppen? Er macht es sich lieber in der Etappe wieder gemütlich. Genau deshalb muss diese Regierung abgelöst werden.

Es geht nicht mit einer Regierung, die dauernd Unternehmen von Unternehmen unterscheidet, in etwa nach dem Prinzip: Wir kön-



Foto: Laurence Chaperon

nen nicht behaupten, dass wir Unternehmen nicht brauchen. Was uns aber stört, sind die Unternehmer, denn diese sind so eigensinnig: sie wollen alles durcheinander bringen, sie stehen morgens früh auf, gehen abends spät ins Bett und freuen sich am Sonntag auf den Montag.

Wir spüren dieses Misstrauen doch auf allen Wegen: Erst ein bisschen lockern und dann sechs Gesetze, um aufzupassen, dass sie sich nicht selber lockern. Spätestens dann hört bei denen der Spaß auf.

Dieses Konzept ist nicht mit einer Steuerpolitik finanzierbar, die den großen Kapitalunternehmen hilft, und zwar in einem Umfang, bei dem es diesen Unternehmen jetzt selber graust. Ein Körperschaftsteuersatz von 25 Prozent ist ja in Ordnung. Jetzt wird aber noch durch handwerkliche Fehler bei der Gestaltung oder gar ge-

wollt das Eigenkapital alter Zeiten versteuert.

Was wollen Sie denn den Mittelständlern, die sich abrackern, erzählen, wenn Sie sagen: Die Großen brauchen gar keine Steuern mehr zu zahlen. Wir holen alles bei euch.



Wir machen nicht alles, aber fast alles anders

Dieses Konzept kann nicht eine Regierung durchsetzen, die den ersten Ansatz von Vermögensbildung zur Alterssicherung – als Riefter-Rente bezeichnet – so gestaltet, dass man nicht einmal mehr eine Übersicht über die Broschüren hat, die Sachverständige erarbeitet haben, damit man versteht, was dort geht.

Wir müssen den Leuten erklären, dass Entmündigte keine Dynamik entfalten. Wer die Leute dauernd entmündigt, kann nicht hoffen,

dass sie selbst für sich sorgen, dass sie etwas unternehmen, wenn sie es können. Damit sind wir eigentlich beim entscheidenden Punkt. Weil diese Regierung und die Politik dieser Regierung nur noch als schlechtes Beispiel dienen können, ändern wir den Satz und sagen: Wir machen nicht alles, aber fast alles anders.

Wir bauen die Bürokratie ab. Wir schaffen für alte und neue unternehmerische Aktivitäten Spielräume. Ich will das konkretisieren und Ihnen deshalb kurz die wichtigsten Beispiele nennen. Was meinen Sie, was das an Luft gibt, wenn wir im Niedriglohnsektor die komische Konstruktion der 325-Euro-Jobs beseitigen, bei der einer, der 20 solcher Leute beschäftigt, mit 40 Krankenkassen abrechnen muss. Das muss weg!

Weiterhin werden wir – das kostet gar nichts – das Scheinselbstständigengesetz abschaffen, weil es wider die Denke ist. Scheinselbstständigkeit ist eine Brücke, die selbstständige Menschen zunächst betreten. Jetzt will die Regierung denen auch schon wieder einen Rettungswagen mitgeben. Wer den Leuten dauernd Angst macht und sagt: Nur beim Staat seid ihr gut aufgehoben, dem sagen wir: Lasst doch in einer Ge-

sellschaft, die unternehmerisch ist und die Ideen hat, die jungen Leute scheinselbstständig sein und dann selbstständig werden.

Auch das Tariftreuegesetz – das ist auch wieder so ein vornehmer Name für eine unglaublich bürokratische Veranstaltung – muss weg. Es darf zwischen Deutschland Ost und Deutschland West keine Trennung geben.

Wir wollen weiterhin ganz schnell und zügig die grundlegende Reform der Arbeitsverwaltung. Die Hartz-Kommission und auch Herr Gerster machen jetzt die Vorarbeit. Ich halte das für ganz vernünftig. Wir werden auf diese Weise viele Sachvorschläge bekommen, die mit der jetzigen Regierung eh nicht umzusetzen sind. Diejenigen, die die Vorschläge machen, fühlen sich wahrscheinlich wohler, wenn wir die Sache dann in die Hand nehmen.

Wir werden das Thema der Existenzgründer intensiv angehen und in dem Zusammenhang die Investitionsquote der öffentlichen Haushalte erhöhen müssen. Denn genau dort ist das Gap bei der Infrastruktur, das nachher den Standortwettbewerb behindert. Wir wollen international wettbewerbsfähig, große Kapital-

unternehmen in Deutschland haben, die sich bei uns wohlfühlen, auch steuerlich.

Die Mittelständler bei uns haben ein Eigenkapital von im Westen vielleicht 12 Prozent und im Osten 4 Prozent. Einem dieser Mittelständler erzähle ich dann: Wenn er sein Geschäft mit genügend Eigenkapital unterlegen kann, bekommt er auch Kredit. Verschärfen wird sich die Situation, wenn es die alten Kreditstrukturen der Genossenschaften und der Sparkassen nicht mehr geben wird. Ich will jetzt nicht darüber reden, welche Strategien die Großbanken dann entwickeln würden. Lassen Sie uns jedenfalls den Weg vermeiden, an dessen Ende die Kreditgeber für den Mittelstand fehlen, weil die Strukturen nicht mehr funktionieren.

Wir werden Ideen entwickeln

Wir müssen das machen, was auch der Unternehmer tun muss, wenn er Schwierigkeiten hat: Ideen entwickeln. Für den Osten kann man das schon anhand weniger Beispiele aufzeigen und mit nur einigen Sätzen erläutern. Wenn man dies richtig verknüpft, kann man etwas daraus machen. Wir

werden das in unserem Ost-Programm beachten.

Die Bundesregierung prahlt damit, sie werde mit den Haushaltsproblemen fertig. Das wundert mich nicht, sagt sie doch zum Beispiel nicht dazu, dass die größten „Sparmaßnahmen“ darin bestehen, dass sie von der EU 4,5 Milliarden bekommt, weil diese gar nicht anders kann, als insgesamt 15 Milliarden an die Geberländer zurückzuzahlen, weil das Regionalprogramm mit 80 Milliarden im Rückstand ist. Herr Eichel wird den so gewonnenen Spielraum wahrscheinlich als Ergebnis eines von ihm hart durchgesetzten Sparprogramms und als eine Erfolgsgeschichte verkaufen.

Lassen Sie mich zum Schluss vor allem eines sagen: Was wir mit all diesen Maßnahmen, die gar nichts kosten, ändern werden, ist die Stimmung im Land. Wer Ludwig Erhard studiert und wer die Bücher seiner Mitstreiter liest, der weiß, dass Erhard zu Recht immer davon ausging, dass die Hälfte vom Erfolg vor allem in der Wirtschaft Psychologie ist.

Ich zitiere Herrn Rogowski von vorhin, der gesagt hat, das Wichtigste ist, dass in unserem Land Unternehmer mit Freude Unternehmer sind, und ich füge hinzu:

LOTHAR SPÄTH:

„Mikro-Darlehen“ nur ein Hüftschuss

Zu den Plänen von Bundeswirtschaftsminister Werner Müller, dem Mittelstand mit einem Sonderprogramm zu helfen, erklärte das Mitglied im Kompetenzteam der Union:

Nach vier Jahren Schläfrigkeit wirkt die drohende Wahlniederlage wie „Hallowach“. Plötzlich entdeckt die Bundesregierung, dass sie etwas auf dem Arbeitsmarkt tun muss, und da will Herr Müller in Sachen Mittelstand spontan mit dabei sein.

Der Reformbedarf ist allerdings seit Jahren bekannt, und die Union hat immer wieder die Unterstützung des Mittelstands angemahnt. Der durch die erdrückenden Fakten herbeigerufene Weckruf ereilt Herrn Müller zu spät.

Während seiner Regierungszeit sind die 325 Euro-Jobs zur bürokratischen Fessel geworden. Heute kritisiert er sie, als habe er nichts damit zu tun. Statt über die eigenen Fehlleistungen zu lamentieren, bräuchte er bloß die CDU Vorschläge zu den 400-Euro-Jobs zu übernehmen. Die sind einfacher und unbürokratischer.

Altbewährte Kreditpartnerschaft erhalten

Das heute von ihm vorgeschlagene „Mikro-Darlehen“ ist ein wenig hilfreicher Hüftschuss und taugt eher als Wahlgeschenk, aber nicht als Mittelstandskredit. Vielmehr sollte der Bundeswirtschaftsminister alles tun, um im Basel-II-

Programm sicher zu stellen, dass die altbewährte Kreditpartnerschaft des Mittelstandes mit den Genossenschaftsbanken und Sparkassen erhalten bleibt.

Eine Generationswechsel-Prämie, wie sie Herr Müller für Ostdeutschland vorschlägt ist so lange untauglich, wie Müller nicht gewährleisten kann, dass die existenzgefährdeten mittelständischen Betriebe bis zum Generationswechsel überhaupt überleben. Dafür brauchen sie Aufträge, die nur über ein in sich stimmiges Konzept zu sichern sind. Das von uns vorgeschlagene Zwei-Milliarden-Euro-Sofortprogramm zur Unterstützung kleiner und mittelständischer Handwerksunternehmen weist den richtigen Weg.

und Verbraucher mit Freude Verbraucher, weil sie etwas zum Verbrauchen haben und sie etwas verbrauchen können. Was wir brauchen, ist, dass junge Leute begeistert teilnehmen und Unternehmer werden wollen. 70 Prozent unserer Studenten wollen Unternehmer wer-

den. Früher wollten 70 Prozent in den öffentlichen Dienst.

Wir setzen diesem, wie wir es jetzt jeden Tag von der Regierung hören, beleidigten hilflosen „Ihr sollt unser Land nicht schlecht reden“ entgegen: Wir, unser Land ist gut, und die Leute

wollen vorwärts, und die Leute sind leistungsbereit und zukunfts offen. Jetzt brauchen wir aber auch eine Regierung, die für diesen Wandel die Voraussetzungen schafft. Das ist unsere zentrale Aufgabe, die nur wir erfüllen können – und die anderen nicht. **UD**

Wir sind **verlässliche Partner** für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Aus dem Beitrag zu „Konzepte und Kompetenzen“ auf dem 15. Parteitag der CDU in Frankfurt am Main am 18. Juni

Wir reden über Bildung. Und vor allem: Wir gestalten Bildungspolitik in Sachsen und Thüringen, im Saarland und hier in Hessen, in Bayern und Baden-Württemberg und jetzt auch in Sachsen-Anhalt. Wir reden darüber, und wir machen erfolgreich Bildungspolitik.

Wir tun das mit Leidenschaft und Kompetenz, weil es um Kinder und Jugendliche geht, weil der einzige wirkliche Maßstab für unsere Bildungspolitik die Zukunftschancen der jungen Generation sind, weil wir wissen, dass nichts so sehr über Zukunft und Orientierung bei Kindern und Jugendlichen entscheidet wie gute Bildung und gestärkte Erziehung. Deshalb sage ich Ihnen: Die Sozialdemokraten haben nicht nur wenig Kompetenz, sie haben auch Null Lust auf Bildungspolitik.

Im Übrigen, wenn nicht in Wahlkampfzeiten, wann darf denn über Bildung gesprochen werden? Wahlkampf in einer Demokratie ist für uns Gespräch mit dem Bürger, und im Gespräch mit dem Bürger bestimmen

nicht Minister, worüber gesprochen wird. In einer Demokratie entscheidet der Bürger darüber, worüber gesprochen wird.

Heute ist in vielen Zeitungen zu lesen, SPD-Politiker warnen vor Parteiengzänk, wenn es um Bildung und Schule geht.

Es ist doch vor allem die Bundesbildungsministerin, die in diesen Tagen keine Gelegenheit auslässt, um zu erklären, dass die Zuständigkeit der Länder, dass die Kulturhoheit Kirchturmpolitik sei. Das ist abenteuerlich. Der Föderalismus, liebe Freunde, ist ein Motor für Wettbewerb. Und Wettbewerb ist die einzige Chance für bessere Leistungen in unseren Schulen. Deshalb brauchen wir Wettbewerb und nicht Uniformität.

Es stelle sich doch bitte einmal einer vor, die Schröder-Regierung sei zuständig

für die Schulen in Sachsen und Thüringen, in Baden-Württemberg und Bayern, im Saarland und in Hessen oder in Sachsen-Anhalt. Das ist eine abenteuerliche Vorstellung. Wenn es so wäre, hätten wir beim internationalen Vergleich noch viel schlechter abgeschnitten, als es jetzt deutsche Mittelwerte zeigen.

Uns führen auch nicht die vielen pädagogisch wertvollen Sätze und bildungspolitisch richtigen Einsichten in Deutschland weiter. Es ist ja alles richtig, was da gesagt wird. Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung zur Bildungspolitik auch ein Beispiel solch wertvoller Sätze gegeben, von denen es in Deutschland wimmelt. Aber uns fehlen nicht Einsichten, uns fehlen nicht Sachverständige oder Gutachten. Das alles gibt es in Deutschland zuhauf. Es wimmelt von bildungspolitischen Papieren. Es fehlt in vielen Bundesländern und es fehlt im Bund die Bereitschaft zu Taten.

Worum geht es uns ganz konkret? Es muss Schluss sein mit der Legende aus



Foto: Laurence Chaperon

ebendiesen 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts, dass Schulen, dass Lernen und Leistung so etwas wie ein unsittlicher Anschlag auf Kindheit sei. Das ist eine der großen Legenden in Deutschland, mit denen systematisch Schule und Leistung kaputtgemacht wird. Kinder werden unterfordert, verlieren die Lust an Schule. Deshalb sagen wir: Wir wollen von der Grundschule an, das heißt in allen Schulen, eine Stärkung der Leistung. Wir wollen, dass Kinder gefordert und gefördert werden.

Wir haben überhaupt nichts gegen Ganztagschulen und Ganztagsangebote. Wer in das von der CDU regierte Baden-Württemberg und das von der CSU regierte Bayern schaut, der weiß, dass wir voll in der Entwicklung sind. Bayern hat gerade 300 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um ein stimm-

ges Gesamtkonzept für Betreuung zu entwickeln. Aber, meine Damen und Herren, der erste Satz als Antwort auf Pisa ist nicht: mehr Betreuung

in der Schule, sondern mehr Qualität von Unterricht und dann auch mehr Betreuung, aber nicht umgekehrt.

Die Zukunft unserer Kinder im Blick haben

Bildungspolitik hat viel mit der Fairness Kindern und Jugendlichen gegenüber zu tun. Sozialdemokraten begreifen Bildungspolitik immer noch als die Klügelrunden von Verbänden, Gewerkschaften, Parteivorständen und Arbeitskreisen reiner Experten oder solcher, die sich selbst dazu ernannt haben. Nein, Bildungspolitik muss Kindern eine faire Chance geben. Bildungspolitik muss die Zukunft von Kindern und Jugendlichen im Blick haben.

Leistung ist für uns ein Prinzip der Gerechtigkeit. Leistung ist der Schlüssel

für Chancen, eben nicht die Herkunft oder der Geldbeutel der Eltern. Deshalb sage ich: Wer für Chancengerechtigkeit ist, wer für Fairness ist, der kann nicht unentwegt gegen Leistung reden und so tun, als müsse man Leistung möglichst verstecken, um Kindern eine Chance zu geben.

Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden, und keiner soll seine Talente verstecken müssen. Deshalb braucht es in unseren Schulen mehr Naturwissenschaften. Es ist ein Drama, dass die Zahlen der Studienanfänger in den Naturwissenschaften so absinken. Wir brauchen früher die Fremdsprachen. Wir brauchen eine Unterrichtsversorgung, die vernünftig ist und nicht von Jahr zu Jahr abgebaut wird.

Ein Schlüsselbereich in der Bildungspolitik ist die berufliche Bildung. Hier arbeiten Bund und Länder gemeinsam. Wer die neuen Zahlen vom neuen Chef der Bundesanstalt für Arbeit gehört hat, weiß, dass die Perspektiven für den Herbst des Jahres 2002 eine Bankrotterklärung für die Berufsbildungspolitik dieser Bundesregierung bedeuten.

Dann wird gesagt, es sei ziemlich klar, dass es dort, wo viel Wohlstand herrsche,

auch eine bessere Bildung gebe. Auch diese Argumentation ist abenteuerlich. Jeder weiß in Deutschland – und übrigens in vielen Ländern der Welt –: Wenn in einer Region der Arbeitsmarkt zusammenbricht, wenn ein Land vor großen Strukturveränderungen steht – die Länder, die in Deutschland jetzt als Wohlstandsländer gelten, Bayern und Baden-Württemberg, haben das in den 70er-Jahren alles erlebt: in den Regionen den Zusammenbruch des Arbeitsmarktes und das Wegbrechen von Branchen –, dann ist die einzig vernünftige Antwort darauf, in Bildungsinfrastruktur zu investieren. Umgekehrt wird also ein Schuh daraus: Da, wo in Bildung, Schule, Hochschule und Wissenschaft investiert wird, da entsteht Wohlstand, da entstehen Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze.

Der Bund braucht neue Akzente in der Hochschul- und in der Forschungspolitik. Da gilt das, was Lothar Späth und viele andere gesagt haben: Im Bereich der Hochschule und der Wissenschaftsgesellschaft brauchen wir nicht ein immer engeres Netz von Regeln und auch nicht ständig neue Tabus. Unsere Hochschulen in Deutschland brauchen mehr Selbstständigkeit.

Wir werden zu Beginn Folgendes tun: ■ Wir wollen wieder ein eigenständiges Forschungsministerium. ■ Wir wollen eine Verschlan- kung der Bundesrahmengesetzgebung. ■ Wir wollen, dass Studierende ihre Hochschulen und Hochschulen ihre Studierenden auswählen können. Wir wollen ferner eine Rückführung der ZVS und eine Auflösung des Staatsvertrags 2005.

Unsere Bildungspolitik basiert auf Werten

Wir werden die Habilitation wieder einführen. Es ist richtig gewesen, die Juniorprofessur einzuführen. Aber mit Blick auf die Vielfalt der Fächer an den Hochschulen ist es falsch, die Habilitation abzuschaffen, wie es überhaupt falsch ist, immer weniger Möglichkeiten zu schaffen.

Wir wollen keine Vorschrift, die verbietet, über Gebühren und über bessere Einnahmeföglichkeiten unserer Hochschulen zu sprechen. Auch diese Vorschrift wird wieder abgeschafft.

Natürlich wollen wir nicht einfach singuläre Studiengebühren einführen. Aber wir müssen unseren Hochschulen mehr Möglichkeiten für eine bessere

Finanzierung ihrer Bildungsangebote, für ein besseres Stipendiumswesen und für das Schaffen von mehr Anreizen zur Verbesserung der Qualität der Lehre geben.

Wer über Bildung spricht, muss sich um Erziehung kümmern. Wer über Erziehung spricht, muss sich um die Vermittlung der Werte kümmern. Er muss dafür sorgen, dass Kinder Vorbilder haben. Bildung und Erziehung gedeihen nicht in einem Klima der Be- liebigkeit.

Deshalb gilt: Bildungspolitik der Union basiert auf einem Fundament an Werten und an Orientierungen. Unsere Bildungspolitik hat einen Kompass. Wir wollen keine Politik, die Menschen ständig vor sich selbst schützt. Wir gestalten Politik so, dass wir den Menschen mit ihren Talenten und mit ihrer Leistungsfähigkeit etwas zutrauen.

Jede Umfrage zeigt: Die Menschen in Deutschland warten auf eine Politik, die Leistung stärkt und die die Menschen und ihre Talente ernst nimmt. Die Menschen in Deutschland warten auf einen verlässlichen Partner für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Wir, die Union, sind ein solcher verlässlicher Partner.

WOLFGANG SCHÄUBLE:

Die Atlantische Allianz bleibt auch im 21. Jahrhundert **wichtigster Schutz**

Wie fast überall in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, wie fast überall auf dem Arbeitsmarkt, in der Bildung und Forschung und im Gesundheitswesen bleibt Deutschland derzeit auch in der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik hinter seinen Möglichkeiten zurück. Unser Land wird durch Rot-Grün unter seinem Wert regiert. Deutschland kann es besser. Wir können es ändern. Wir werden das auch ändern. Es ist Zeit für Taten.

Aktuell am bedrückendsten sind die Defizite in der Europapolitik. Vier Jahre rot-grüne Regierung haben das Ansehen Deutschlands in Europa und unseren Einfluss in Brüssel nicht gemehrt, sondern beschädigt bzw. vermindert. Die Zusammenarbeit mit Frankreich wird ohne Engagement betrieben. Vor und nach dem Gipfel von Nizza war die Klage europaweit zu hören, dass der deutsch-französische Motor für die europäische Einigung kraftlos geworden sei. Wir werden das ändern.

Aus dem Beitrag zu „Konzepte und Kompetenzen“ auf dem 15. Parteitag der CDU in Frankfurt am Main am 18. Juni

Natürlich gibt es auch unterschiedliche Betrachtungsweisen und Interessen zwischen Frankreich und Deutschland, nicht nur, aber auch in der Agrarpolitik. Aber im Ziel eines großen und starken Europas sind wir uns einig. Deshalb werden wir mit unseren Freunden und Partnern in Frankreich, denen wir zu ihrem großartigen Wahlerfolg gratulieren, gemeinsam Vorstellungen erarbeiten.

Es war Bundeskanzler Schröder, der davon gesprochen hat, dass Schluss damit sein müsse, dass in Brüssel das Geld deutscher Steuerzahler verbraten werde. Große Sprüche! Dabei sind wir Schlusslicht in der wirtschaftlichen Dynamik in Europa. Wir gefährden mehr als jedes andere Land aktuell die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung. So schafft man sich keine

Freunde, und so bildet man kein Vertrauen – nicht im Ausland und auch nicht im Inland.

Wir sind immer dafür eingetreten, dass ein großes und starkes Europa die beste Vorsorge für Frieden, Freiheit und Stabilität in einer enger zusammenrückenden und sich schneller verändernden Welt ist. Deshalb muss die Einigung ganz Europas gelingen. Die Osterweiterung der Europäischen Union ist doch keine Bedrohung, sondern der Beitritt unserer Nachbarn im Osten zur Europäischen Union ist die beste Chance, die Folgen von Jahrzehnten der Teilung und Diktatur zu überwinden.

In diesen Tagen wird die deutsche Bundesregierung als Haupthindernis für einen erfolgreichen Abschluss der Beitrittsverhandlungen verdächtigt. Das, liebe Freunde, entspricht unserem nationalen Interesse nicht.

Deshalb ist es gut, dass Edmund Stoiber, der künftige Bundeskanzler, die Kommission gegen die unqualifizierten Angriffe des derzeit noch amtierenden

Bundeskanzlers in Schutz genommen hat.

Wer ein großes und starkes Europa wie wir will, der muss die europäischen Institutionen und Entscheidungsverfahren reformieren – jetzt. Europa leidet – das ist inzwischen fast unbestritten – unter einem dreifachen Mangel: unter einem Mangel an Effizienz, an Transparenz und an demokratischer Legitimation. Das ist die Aufgabe des Europäischen Konvents, für den wir lange gekämpft haben und für den CDU und CSU sowie wir gemeinsam in der Europäischen Volkspartei substantziellere Vorschläge als alle anderen erarbeitet haben.

Aber die Stärkung des Einflusses der nationalen Regierungen zulasten von Europäischem Parlament und Europäischer Kommission, wie sie der derzeitige Bundeskanzler vertritt, ist, liebe Freunde, genau die falsche Richtung.

Was wir brauchen, ist eine bessere Ordnung in Europa. Die Europäische Union muss nicht alles machen, und Europa darf nicht in einem Wust von Bürokratie ersticken. Was die einzelnen Staaten für sich allein nicht mehr leisten können, das muss Europa machen. Aber was unterschiedlicher Erfahrung und Tradition ent-

spricht, das muss in den Nationalstaaten verbleiben. So werden nationale Identitäten und europäische Einigung nicht zum Gegensatz. Einheit und Vielfalt zugleich, das ist und bleibt der Reichtum Europas. Deshalb ist eine bessere Zuständigkeitsordnung in einem Verfassungsvertrag der Schlüssel.

Ein Beitrag zu einer besseren Welt

Ein großes und starkes Europa – an diesen alten Satz von Jean Monnet muss wieder erinnert werden – ist ein Beitrag zu einer besseren Welt. Ein großes und starkes Europa ist nötig, damit die atlantische Partnerschaft nicht zerbröselt. Es war herzig, anfangs den Grünen Fischer mit der amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright beinahe schäkern zu sehen. Auch die Solidaritätsbekundungen nach dem 11. September waren ganz eindrucksvoll.

Aber schnell, schon ein paar Wochen danach, hatte der Alltag Rot-Grün wieder erreicht. Beispielsweise wurden die Vereinbarungen unter den Innenministern zur Verbesserung der inneren Sicherheit von der roten und grünen Koalitionsfraktion in Berlin schnell wieder

zurückgepfiffen. Stattdessen konzentrierte man sich mehr und mehr auf besserwisserische Ratschläge, die zum Inhalt hatten, was die Amerikaner tun und was sie lassen sollen. So kommt es nicht zu mehr Sicherheit. Es wäre schon überzeugender, wenn wir Deutsche und wir Europäer unsere Fähigkeiten zur Bewahrung von Frieden und Sicherheit in Zeiten ganz neuer Spannungen und Bedrohungen so weiterentwickeln würden, dass auch wir einen unserem Potenzial und unserem Interesse entsprechendem Beitrag leisten können. Worte und Taten klaffen bei Rot-Grün zu weit auseinander.

Die Atlantische Allianz bleibt militärisch und politisch unser wichtigster Schutz im 21. Jahrhundert. Aber die atlantische Partnerschaft wird nur erhalten werden, wenn auch die Europäer angemessene Beiträge zur gemeinsamen Verantwortung sowie zur gemeinsamen Sicherheit leisten und wenn unsere militärische Zusammenarbeit bei konkreten Einsätzen in der Zukunft überhaupt noch möglich ist. Die Lücke in den Fähigkeiten wächst zu sehr.

Wir werden und wir müssen die Bundeswehrreform an einer realistischen Bedrohungsanalyse ausrichten. Es



Foto: Laurence Chaperon

ist wahr – da hilft alles Geschrei nichts –: Die Trennlinien zwischen äußerer und innerer Sicherheit verwischen zusehends. Mit diesen Worten haben wir das in unserem Regierungsprogramm beschrieben. Die wachsende militärisch-technologische Lücke zwischen den Europäern und den Amerikanern ist offensichtlich geworden.

Deshalb muss die Bundeswehr wieder voll einsatz- und bündnisfähig werden. Wir werden dafür die notwendigen Korrekturen vornehmen, und wir werden auch eine glaubwürdige Finanzierung sicherstellen.

Dieser Auftrag heißt: Landes- und Bündnisverteidigung, die neuen Aufgaben der Prävention, der Krisenreaktion und des Stabilitätstransfers sowie ihr Beitrag aufgrund ihrer spezifischen Fähigkeit zu zivil-militäri-

scher Zusammenarbeit im Inneren.

Wenn man die Haushalte des auswärtigen Amtes, des Verteidigungsministeriums und des

Entwicklungshilfeministeriums des Jahres 1990 zusammenzählt, dann zeigt sich, dass der Anteil dieser drei Haushalte zusammen am Bundeshaushalt bei rund 20 Prozent lag. In diesem Jahr, also 2002, ist dieser Anteil auf unter 12 Prozent gesunken. So kann das nicht weitergehen. In Zeiten der Globalisierung hängt unser Schicksal – eher mehr als in der Vergangenheit – von den Entwicklungen außerhalb unseres Landes, von den Entwicklungen in allen Teilen der Welt ab.

Mit Edmund Stoiber für eine gute Zukunft

Wenn wir unsere Verantwortung für die Zukunft, insbesondere für die Zukunft unserer Kinder, ernst nehmen, dann müssen wir einen angemessenen Bei-

trag leisten. Die Wahrnehmung seiner Interessen in der Welt war immer die klassische Aufgabe eines Staates. Diese klassische Aufgabe ist in Zeiten der Globalisierung nicht weniger wichtig geworden.

Wenn wir uns auf unsere wirklichen Aufgaben besinnen, dann machen uns auch die Erfolge nicht so schnell müde. Es handelt sich um Erfolge, die wir in den glücklichen 50 Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg, übrigens in weiten Teilen unter der Führung der Union, erzielt haben. Leistung ist ein Schlüssel für eine gute Zukunft. Sicherheit zu gewährleisten, soweit das überhaupt möglich ist, bleibt mit die wichtigste Aufgabe von Politik. In einer Welt, die sich so rasch verändert, schafft dies Orientierung und Vertrauen.

Ohne Partnerschaft geht das nicht. Europäische Einigung, atlantische Solidarität, Verantwortung für den Abbau von Spannungen, von Konflikten und für eine friedliche Entwicklung unserer einen Welt, das ist unser Weg, der Weg von CDU/CSU mit Edmund Stoiber als Bundeskanzler für eine gute Zukunft. Dafür werden wir beharrlich und entschieden arbeiten. Liebe Freunde, es ist Zeit für Taten. **UID**

CHE

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORGEN

ZUWANDERUNG

Rot-grüner Versuch
gescheitert

Gäbe es das Referendum, Gerhard Schröder wäre jetzt den Rest an Siegeszuversicht los: Die Zuwanderung, schon lange nicht mehr Einwanderung genannt, ist ein „Looser“-Thema – in Deutschland und in Europa. Genau deshalb darf die Union frohlocken. Sie setzt auf die Volksabstimmung am 22. September. Nachdem das unter fragwürdigen Vorzeichen zustande gekommene Zuwanderungsgesetz bald in Kraft sein wird, kann die Union nicht nur in Karlsruhe klagen, sondern – viel wichtiger – jenen Überdruss und jene Resentiments auffangen, die das Ausländerthema in weiten Teilen der Bevölkerung auslöst.

Keine Angst, es wird keine Schlammschlacht geben. Die Union braucht sie nicht. Nicht so sehr, weil allein die Vorstellung von weiterer Zuwanderung bei vier

Millionen Arbeitslosen vielen irrwitzig erscheint. Nein, vor allem, weil bei keinem anderen Thema die Kluft zwischen Vorstellung und Wirklichkeit so groß ist. Denn in der öffentlichen Wahrnehmung ist der rot-grüne Versuch gescheitert, eine Balance zwischen nationalem Interesse und humanitärer Verantwortung zu finden. Handelsblatt

Endlich Redefreiheit

Als Wähler und als Bürger dieses Landes muss man dem Bundespräsidenten dankbar sein. Nicht unbedingt dafür, dass er das Zuwanderungsgesetz allen Bedenklichkeiten zum Trotz unterschrieben und eine politische Entscheidung nach Karlsruhe verschoben hat. Aber doch für die nun endlich frei gewordene Aussicht, über eine Sache offen und kontrovers reden zu können, an die das Machtkartell das Volk nicht heranlassen wollte. Mit ihrem tief sitzenden Hang zur politischen Bevormundung haben die dogmatischen Mul-

tikulturellen allen geschadet. Es verletzt die Interessen beider Seiten, wenn ein Land so tut, als wolle oder könne es die Mühseligen und Beladenen aus aller Herren Länder aufnehmen. Die Aufgabe heißt nicht Zuwanderung, sondern Integration, und diese Aufgabe würde leichter, wenn sich auch die Deutschen dazu verstehen könnten, ihre eigenen Interessen tatkräftig zu verfolgen. Die Welt

STOLPE

Erosion der Macht

Selten ist über einen Rücktritt so gerätselt worden wie über den von Manfred Stolpe. Warum jetzt? Mit den Interpretationshilfen des SPD-Generalsekretärs Müntefering bekommt der Vorgang eine absurde Dimension. Ausgerechnet Manfred Stolpe, der eines der Armenhäuser im Osten zu verantworten hat, zum Wahlkampf-Gegenspieler von Lothar Späth aufbauen zu wollen, ist von tragischer

NEUPOST Gründungsjahr 1920 WIRTSCHAFTS KUR

Komik. Späth kann auf blühende Landschaften in Jena verweisen. Stolpe steht für die Großpleiten von Cargolifter und des Lausitzrings, den er persönlich durchsetzen wollte.

Welche Botschaft soll er also jetzt im Wahlkampf verkünden? Das alles ist so wenig überzeugend, dass man nur zu einer anderen Einsicht gelangen kann. Der Rücktritt Stolpes war kein kluger Schachzug. Er macht nur eines deutlich: die Erosion der Macht bei dieser Bundesregierung. Die Welt

ARBEITSMARKT

Gezinktes Ass

Schröder ist Poker-Spieler, und sein Bluff hat einen Namen: Hartz-Kommission. Deren Vorschläge zur Renovierung des Arbeitsmarkts mögen ehrenwert sein; Wirklichkeit werden sie nie.

■ **Nichts als ein Täuschungsmanöver:** Hätte der Bundeskanzler den Arbeitsmarkt entrümpeln wollen, hätte er nicht drei Monate vor

der Wahl damit beginnen müssen, sondern vor drei Jahren. Verräterisch ist der Zeitplan: Offiziell veröffentlicht wird alles Mitte August – da reicht die Zeit gerade noch für Ankündigungen zur Politur des stumpf gewordenen Macher-Bilds. Für Taten ist es zu spät.

■ **Nichts als ein Ablenkungsmanöver:** Das unferdige Konzept wird gerade jetzt ans Publikum lanciert, um von der miesen Job-Bilanz abzulenken und davon, dass Schröder den Arbeitsmarkt nicht befreit, sondern gefesselt hat (630-Mark-Jobs, Kündigungsschutz, Betriebsverfassungsgesetz).

Gleichzeitig ist die Sache ein Test vor der Sommerpause: Offiziell ist nichts, und fällt der Aufschrei der gewerkschaftlichen Betonfraktion zu laut aus, lässt sich leicht kassieren, was amtlich gar nicht da war.

Rheinische Post

Der Tariflohn bleibt außen vor

Nun ist es raus: Auch Peter Hartz und seine Reformkom-

mission bereiten nicht die Revolution am deutschen Arbeitsmarkt vor. Bundeskanzler und Arbeitsminister können wieder beruhigt schlafen, denn Hartz will sich – wie bei Volkswagen übrigens auch – an die Spielregeln des deutschen Tarifkartells halten. Der Reformwillen endet vor den Toren der IG Metall-Zentrale in Frankfurt. Über Dinge, die die mächtigen Metaller verärgern, darf auch bei Hartz nicht nachgedacht werden. Ausgerechnet der Tariflohn bleibt damit außen vor, wenn neue Beschäftigungschancen für vier Millionen Menschen erdacht werden. Solange jedoch die vom Kartell marktfern ausgehandelten Lohnkosten tabu sind, ist ein für die Arbeitslosen entscheidender Wettbewerbsfaktor ausgeschaltet. Darf der Preis ihrer Arbeit nicht Angebot und Nachfrage spiegeln, werden zu viele von ihnen weiter am Tropf der sozialen Sicherung hängen. Daran wird nun also auch der reichlich mit Vorschusslorbeer bedachte „Masterplan“ des Peter Hartz nichts ändern.

FAZ



**Leporello
„Frau macht Politik“**

Best.-Nr.: **2895**
100 Expl.: 15,00 €
(16,05 €)



**Leporello
„Politik für Familien“**

Best.-Nr.: **2896**
100 Expl.: 15,00 €
(16,05 €)



**Leporello
„Steuerliche Entlastung
für Familien“**

Best.-Nr.: **2897**
100 Expl.: 15,00 €
(16,05 €)



Klappkarte

„Versprochen – Gebrochen“

Die 9 Wahlversprechen der SPD

Best.-Nr.: **9864**

100 Expl.: 6,90 € (7,38 €)



Klappkarte

„7 Gründe CDU zu wählen“

Best.-Nr.: **9937**

100 Expl.: 6,90 € (7,38 €)



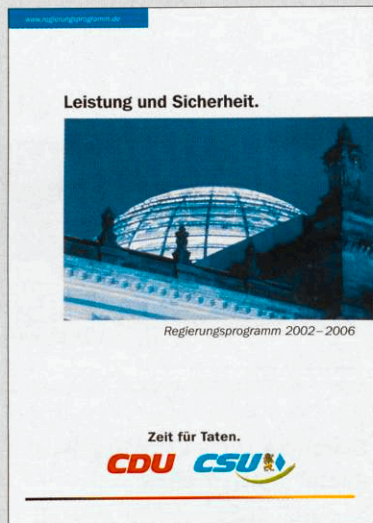
Kurzfassung

Regierungsprogramm

2002–2006

Best.-Nr.: **5933**

50 Expl.: 9,00 € (9,63 €)



**„Leistung und Sicherheit“
Gemeinsames Regierungsprogramm
2002–2006 von CDU und CSU**

Best.-Nr.: **5880**

10 Expl.: 13,00 € (15,08 €)



**Aufnahmeantrag
mit Beitragsstaffel**

Best.-Nr.: **6719**

200 Expl.: kostenlos



**Broschüre „Rote Karte gegen
Gewalt in den Medien“**

Best.-Nr.: **5917**

50 Expl.: 11,50 € (12,30 €)

Wechsel 2002

Zeit für Taten.



CDU

**Broschüre „Zeit für Taten“
Willkommen in der CDU**

Best.-Nr.: **5932**

100 Expl.: 21,50 € (23,00 €)

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

„Wenn mein Freund so viele Versprechen brechen würde wie der Kanzler, würde ich ihn rauswerfen.“



Postkarte

„Wenn mein Freund...“

Best.-Nr.: 9926

100 Expl.: 7,75 € (9,00 €)



**Zeitung „Abwärts“
Sonderausgabe
zur Bundestagswahl 2002**

Best.-Nr.: 2921

100 Expl.: 13,50 € (14,45 €)

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Die neue Wandzeitung

„Wenn mein Freund so viele Versprechen brechen würde wie der Kanzler, würde ich ihn rauswerfen.“



Zeit für Taten.



Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.

*Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.*